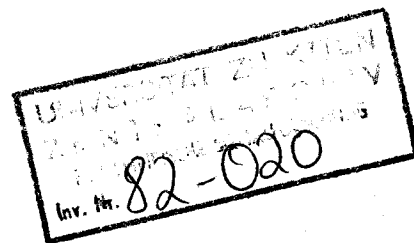


Helmut Köhler

**DER RELATIVE SCHUL- UND HOCH-
SCHULBESUCH IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND 1952 BIS 1975**

Ein Indikator für die Entwicklung des Bildungswesens



Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
Berlin 1978

Der relative Schul- und Hochschulbesuch in der BRD 1952 bis 1975

Ein Indikator für die Entwicklung des Bildungswesens

1. Methodik und Durchführung der Berechnung des relativen Schul- und Hochschulbesuchs

1.1 Zur Entwicklung des Konzepts

Sowohl im zeitlichen als auch im regionalen Vergleich sagt die absolute Zahl der Personen in Bildungseinrichtungen an sich über die bildungspolitische Situation nicht sehr viel aus: sinnvoll interpretierbar wird sie erst unter Bezugnahme auf Kennzahlen über die Größe des betrachteten Systems, insbesondere Angaben über die Bevölkerung. Ebenso sind Veränderungen der Schüler- und Studentenzahlen an sich nur von begrenztem Aussagewert und nicht geradewegs als Ausdruck bildungspolitischer Erfolge oder Mißerfolge zu interpretieren. Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen wirkt sich nämlich die Dynamik von demografischen Phänomenen auf vielfache Weise auch im Bildungssektor aus, so daß andere nicht demografisch bedingte Entwicklungen verstärkt, abgeschwächt oder ins Gegenteil verkehrt werden können.

Besonders gut läßt sich dies bei Problemen des internationalen Vergleichs deutlich machen. Niemand käme wohl auf die Idee, den Schulbesuch in der Schweiz und den USA mit Hilfe absoluter Schülerzahlen zu vergleichen. Genausowenig wäre es zulässig, zeitliche Entwicklungen der Bildungsbeteiligung etwa in einem Entwicklungsland lediglich mit Hilfe der rasch wachsenden absoluten Schülerzahlen zu kennzeichnen, wenn vielleicht die Bevölkerungszunahme noch sehr viel stärker gewesen ist. Schließlich wären selbst bei gleich "großen" Ländern und ohne Unterschiede im Bevölkerungsaufbau absolute Schülerzahlen kein geeigneter Maßstab für die Bildungsbeteiligung, wenn zum Beispiel der Schulbesuch verschieden lang dauert. Für alle drei genannten Vergleichsprobleme bietet sich als Lösung der Bezug auf die Bevölkerung an.

In der Tat werden bei bildungsstatistischen und bildungspolitisch Aussagen zur Kennzeichnung des Schul- und Hochschulbesuchs häufig Beziehungszahlen zwischen der Schüler- und Studentenzahl und entsprechenden Angaben über die Bevölkerung benutzt. Setzt man die Schülerzahl einer Schulart in Beziehung zur Zahl der Kinder der an dieser Schulart vertretenen Altersgruppen, so erhält man allerdings nur ein sehr grobes aggregiertes Maß für den Schulbesuch, insbesondere dann, wenn die Geburtenjahrgänge sehr unterschiedlich besetzt sind und die Altersverteilung der Schüler stark streut oder sehr ungleichmäßig ist. Dies kann sich insbesondere bei zeitlichen und regionalen Vergleichen durchaus auf das Ergebnis auswirken.

Während man in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg den für eine stark wachsende Bevölkerung typischen pyramidenförmigen Altersaufbau ohne größere Einschnitte bei einzelnen Altersjahren beobachten konnte, haben die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ereignisse danach deutliche Spuren in der Altersgliederung hinterlassen (vgl. Abb. 7), sodaß ehemals relativ verlässliche und längerfristig gültige Erfahrungsregeln über Relationen zwischen Bevölkerung und Schülerzahl nicht mehr anwendbar waren. Dazu trugen nicht allein "unnatürliche" Ereignisse wie Kriege, Wirtschaftskrisen oder Wanderungen, sondern auch der starke Rückgang der Geburtenziffern entscheidend bei.

Zeitliche und regionale Vergleiche waren der Ausgangspunkt für Berechnungen, die Anfang der sechziger Jahre von Edding unter der Bezeichnung "relativer Schulbesuch" angeregt und durchgeführt wurden¹. Es handelt sich dabei um altersjahrspezifische

1 Vgl. Edding, F.: Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen. Kiel 1958; Edding, F. und Albers, W.: Die Schulausgaben 1960/1970. Versuch einer Vorausschätzung des Bedarfs der allgemeinbildenden Schulen und der Möglichkeiten seiner Finanzierung. Frankfurt a.M. 1960; Edding, F., und Carnap, R.: Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik 1952-1960. Frankfurt 1962; sowie Weiß, F. J.: Entwicklungstendenzen des Besuchs allgemeinbildender Schulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a.M. 1964; und ders.: Entwicklungen im Besuch berufsbildender Schulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft 1965 (Studien und Berichte, Bd. 2).

Berechnungen des Anteils der Schüler oder Hochschüler an der Wohnbevölkerung, wobei die Zahl der Schüler oder Studenten aus einem Geburtsjahr bezogen wird auf 1.000 der Wohnbevölkerung des gleichen Geburtsjahres. Auf diese Weise wird zum Beispiel die Zahl der Schüler aus einem besonders schwachen Geburtsjahrgang mit der korrekten Geburtszahl, nämlich derselben Bevölkerung desselben schwachen Geburtsjahrgangs, in Beziehung gesetzt und somit demografisch bedingte Schwankungen der Schülerzahl nicht mehr im Zuge einer Durchschnittsbildung verwischt.

Diese Berechnungen wurden sehr rasch von der amtlichen Statistik aufgenommen, die seit 1952 die Zahl der Schüler nach Geburtsjahren erhoben hatte, um durch Vergleiche mit den entsprechenden Wohnbevölkerungszahlen die Vollständigkeit der schulstatistischen Erhebungen zu überprüfen. Bereits 1963/64 hat das Statistische Bundesamt in seinen Fachserien Tabellen und Auswertungen zum relativen Schulbesuch abgedruckt¹. Allerdings sind diese Auswertungen in den Veröffentlichungen späterer Jahre nicht mehr enthalten.

Während der Bildungsplanungsdiskussion in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre sind derartige Berechnungen zwar vereinzelt durchgeführt worden: hierfür hat man im allgemeinen mit weniger detaillierten - und meist aktuelleren - Indikatoren gearbeitet, soweit es sich um relativ grobe Zielplanungen auf aggregiertem Niveau handelte. Die detaillierten Berechnungen zum relativen Schulbesuch eigneten sich weniger als Eingabewerte für die benutzten Modelle, sondern dienten als Unterlagen zur Überprüfung

1 Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie A, Reihe 10, Bildungswesen, I. Allgemeinbildende Schulen 1956-1961, Stuttgart und Mainz 1964, S. 13 ff. sowie dasselbe: Fachserie A, Reihe 10, Bildungswesen, V. Hochschulen 1959/60, Stuttgart und Mainz 1963, S. 17.

der Plausibilität der Ziele¹. Der Ländervergleich wurde bei diesen Arbeiten auf Bundesebene meist ausgespart, während er zu Beginn der sechziger Jahre noch eine wesentliche Rolle zur Begründung bildungspolitischer Forderungen gespielt hatte². Eine gewisse Rolle dürften dabei vermutlich die Befürchtungen der Kultusverwaltungen gespielt haben, daß die unterschiedliche Ausgangssituation in den einzelnen Ländern bei solchen Vergleichen zu wenig berücksichtigt werde.

Der Deutsche Bildungsrat hat gegen Ende seiner zweiten Amtszeit umfangreiches statistisches Material nach Bundesländern zusammengestellt, das zum Teil in seinem "Bericht '75" eingegangen ist³. Die Ergebnisse sind im Textteil nur sehr kurz kommentiert worden, wobei festgestellt wird, daß sich die Länderunterschiede von 1963 bis 1973 erheblich verringert haben.

-
- 1 Der "Strukturplan" des Deutschen Bildungsrates enthält Berechnungen des relativen Schulbesuchs für 1960, 1965 und 1966, die aber bei seinem Erscheinen im Jahre 1970 bereits überholt waren (S. 327 ff.). Im Textteil werden die gewählten Zielwerte für die Sekundarstufe II politisch begründet und es wird auf internationale Vergleichszahlen hingewiesen (S. 305). Der Wissenschaftsrat hat in seinen "Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970" ebenfalls detaillierte Berechnungen des relativen Schulbesuchs (bis 1968) durchgeführt (Bd. 3, S. 22 ff.) und benutzt die Daten zur Abschätzung der Plausibilität der Annahmen über die Entwicklung der Abschlüsse mit Hochschulzugangsberechtigung beziehungsweise der zu erwartenden Studienanfänger (Bd. 1, S. 136 ff.). Im Bildungsgesamtplan hat man mit sogenannten Strukturquoten für die einzelnen Stufen gearbeitet, die die Verteilung nach einzelnen Schularten offen lassen (Bildungsgesamtplan, Bd. II, S. 56 ff.).
 - 2 Beispielsweise basiert die "Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970" der KMK auf einem Ländervergleich. Vergleichende Daten zum relativen Schulbesuch wurden 1969 als Antwort auf eine kleine Anfrage über "das Bildungsgefälle zwischen den Bundesländern" im Deutschen Bundestag veröffentlicht (Bundestags-Drucksache V/4603 vom 23. 7. 1969).
 - 3 Allerdings ist hier der Begriff "relativer Schulbesuch" im Sinne einer prozentualen Aufgliederung der Schüler einzelner Klassenstufen nach Schulart verwendet worden (ohne Bezug zur Wohnbevölkerung) oder die Schülerzahlen sind auf altersspezifische Durchschnittsjahrgänge bezogen. Der Vergleich beschränkt sich zudem auf die 7., die 9. und die 10. Klassenstufe (S. 410 ff. und S. 89).

1.2 Methodik der Berechnungen

Die im Rahmen dieser Studie vorgenommenen Berechnungen des relativen Schulbesuchs sind mit Hilfe der amtlichen Schul- und Hochschulstatistiken sowie der Veröffentlichungen über die fortgeschriebene Wohnbevölkerung erstellt worden. Die Daten über Schüler nach Geburtsjahren sind ab 1952 verfügbar. Da sie sich teils auf den Stand vom Frühjahr, teils auf den Stand vom Herbst beziehen und für die jeweiligen Erhebungstichtage keine Bevölkerungszahlen nach Geburtsjahren zur Verfügung stehen, wurden generell die Schüler (S) eines Geburtsjahres (j) in einer bestimmten Schulart (k) auf die Personen (P) desselben Geburtsjahres (j) in der Wohnbevölkerung am Ende des Kalenderjahres bezogen. Der relative Schulbesuch (R) für eine Schulart und ein Geburtsjahr ist definiert als

$$R_{k,j} = \frac{S_{k,j} \cdot 100}{P_j}$$

Die Summe aller R-Werte über alle Schularten hinweg kennzeichnet dann den Besuch der formalen Bildungseinrichtungen für den gesamten Geburtenjahrgang zu einem bestimmten Zeitpunkt. Verfolgt man die Entwicklung der relativen Schulbesuchsdaten im Zeitablauf, so ergibt sich ein Bild des Durchlaufs dieses Jahrgangs durch das gesamte Bildungssystem.

Bei der Kommentierung der Ergebnisse wird im folgenden meist nicht das Geburtsjahr benutzt, sondern das Alter der Schüler und Studenten angegeben. Diese Altersangabe bezieht sich dann immer auf das Ende des Kalenderjahres, in dem die Erhebung stattgefunden hat, denn die Beziehung zum Alter der Schüler und Studenten ergibt sich aus der Geburtsjahrangabe dadurch, daß alle Schüler und Studenten eines Geburtsjahrgangs am Jahresende dasselbe Altersjahr vollendet haben. Unberücksichtigt bleiben damit lediglich die Zu- und Fortzüge von Schülern über die Inlandsgrenzen sowie Übergänge zwischen Schularten und Sterbefälle, soweit sie sich zwischen dem Erhebungstichtag und dem Jahresende ereignet haben.

Die in den meisten Ländern vor 1967 unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen sowie Hochschulen führen dazu, daß in früheren Jahren Doppelzählungen beim Übergang zur Berufsschule auftreten konnten und sich bei der Zusammenfassung der R-Werte für die betreffenden Jahrgänge ein Schulbesuch von mehr als 100 Prozent errechnet. Verschiebungen des relativen Schulbesuchs ergeben sich auch bei der Umstellung des Schuljahresbeginns in zehn Bundesländern in den Jahren 1966 und 1967, wobei sich diese Änderung bei den von Zugängen und Abgängen betroffenen Altersjahrgängen deutlich auswirkt.

Zur Durchführung der Berechnungen wurden für jedes Schuljahr und jede Schul- und Hochschulart die Schüler- und Studentenzahlen - unterteilt nach Geburtsjahren und Geschlecht - aus der amtlichen Statistik herausgezogen und auf die entsprechenden Bevölkerungszahlen bezogen. Für ausgewählte Jahre wurden die Berechnungen über den Schulbesuch zusätzlich länderweise durchgeführt.

Aus diesem Arbeitsmaterial wurden einerseits Zeitreihen von relativen Schul- und Hochschulbesuchsdaten erstellt und zum anderen Strukturen des Schul- und Hochschulbesuchs zu verschiedenen Zeitpunkten verglichen. Die hierfür zusammengestellten Tabellen sind im Anhang abgedruckt, während der Textteil die Ergebnisse lediglich in grafischer Darstellung bringt.

1.3 Probleme der institutionellen Abgrenzung der Schul- und Hochschularten und Erhebungslücken

Seit 1952 haben sich Veränderungen des institutionellen Gefüges der Bildungseinrichtungen in der Bundesrepublik ergeben, die sich mehr oder weniger deutlich in Gliederung und Aufbau der amtlichen Statistik niedergeschlagen haben. Aus diesem Grunde scheint es angebracht, hier zunächst Definitionen der amtlichen

Statistik und Änderungen solcher Definitionen darzustellen und dabei auf Besonderheiten der Datenlage in bezug auf die vorliegende Untersuchung aufmerksam zu machen beziehungsweise die zur Bereinigung von Datenmängeln benutzten Verfahren zu erläutern.

Traditionell werden in der Bildungsstatistik drei Bereiche unterschieden: allgemeinbildende Schulen, berufsbildende Schulen und Hochschulen. Zu den allgemeinbildenden Schulen - neuerdings als Schulen der allgemeinen Aus- und Fortbildung bezeichnet - zählen Grund- und Hauptschulen (Volksschulen), Schulen für Behinderte (Sonderschulen), Realschulen (Mittelschulen), Gymnasien (höhere Schulen) und Gesamtschulen einerseits und Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs andererseits.

Die Grundschule umfaßt in der Regel vier Klassenstufen (in Berlin sechs Klassen) und beginnt mit dem Erreichen der Altersgrenze für die Schulpflicht (zur Zeit 6. Lebensjahr). Die Hauptschule umfaßt in der Regel fünf Klassenstufen, die auf die Grundschule aufbauen (bei sechsjähriger Grundschule drei Klassenstufen). Das 9. Schuljahr wurde in den sechziger Jahren nach und nach eingeführt. In einigen Ländern ist ein 10. Hauptschuljahr eingerichtet, das auf freiwilliger Basis besucht wird.

Die Daten über Schüler nach Geburtsjahren liegen bislang nicht für Grundschulen und Hauptschulen getrennt vor, so daß wir beide Schularten zusammenfassen müssen, obwohl seit 1970 die Bezeichnung Volksschule nicht mehr gebraucht wird. An den früheren Volksschulen existierten bereits in den fünfziger Jahren Aufbauklassen oder Mittelschulzüge, die den Realschulabschluß vermittelten. Bis 1960 sind die Schüler dieser Klassen bei den Volksschulen gezählt, danach wurden sie bei unseren Berechnungen den Realschulen zugeschlagen, obwohl die amtliche Statistik sie bis 1969 bei den Volksschulen führt.

Die Schulen für Behinderte werden hier unter der alten Bezeichnung Sonderschulen behandelt. Sie umfassen Einrichtungen für Lernbehinderte, Blinde und Sehbehinderte, Verhaltensgestörte,

Kranke und Gesundheitsgefährdete, Körperbehinderte und für geistig Behinderte. Es handelt sich entsprechend der Dauer des Schulbesuchs an Grund- und Hauptschulen meist um neun Klassenstufen, wovon die erste schwächer besetzt ist, da die Schüler meist erst nach der Einschulung aus der Grundschule überwiesen werden. Den Sonderschulen wurden ab 1963 auch die Schüler in Sonderschulklassen an Volksschulen zugerechnet.

Die Realschulen - bis 1964 als Mittelschulen bezeichnet - umfassen in der Regel sechs aufsteigende Klassen (bei sechsjähriger Grundschule vier Klassen) und sollen eine erweiterte, über die Hauptschule hinausgehende allgemeine Bildung vermitteln. Neben der sechs- oder vierjährigen Normalform gibt es Realschulen in Aufbauform, die mindestens dreiklassig sind. Den Realschulen wurden - soweit möglich - auch die Schüler in Realschulklassen oder Realschulzweigen an Volksschulen zugerechnet.

Die Gymnasien - bis 1961 als höhere Schulen bezeichnet - sind Schulen, die in der Regel neun (bei sechsjähriger Grundschule sieben) aufsteigende Klassen umfassen und zur allgemeinen Hochschulreife (Abitur) führen. Neben der neun- oder siebenklassigen Normalform existieren verschiedene Aufbauformen. Neben altsprachlichen, neusprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien sind zumindest seit Mitte der sechziger Jahre auch sozialkundliche, wirtschaftswissenschaftliche und musische Gymnasien, Freie Waldorfschulen sowie Frauenoberschulen enthalten. Zu beachten ist auch, daß früher das Abitur zum Teil bereits nach dem 12. Schuljahr abgelegt wurde (in Bayern wurde 1952/52 das 13. Schuljahr wieder eingeführt, in Niedersachsen bis 1952/53 kein 13. Schuljahr) und daß zum Teil Wirtschaftsoberschulen bei den Gymnasien nachgewiesen waren (zum Beispiel in Schleswig-Holstein und Bayern).

Bei den Gesamtschulen unterscheidet man additive beziehungsweise kooperative und integrierte Gesamtschulen. Nur bei den integrierten Gesamtschulen fallen die Abgrenzungen zwischen den traditionellen Schularten zugunsten einer integrierten Stufengliederung weg, so daß die Schüler nicht mehr den herkömmlichen Schularten

zugeordnet werden können. Diese Schulart ist ab 1971 getrennt ausgewiesen, wobei es sich meist nicht um voll ausgebaute Gesamtschulen handelt, sondern vielfach um Mittelstufenzentren oder um Gesamtschulen, die sich erst im Aufbau befinden und aus diesem Grund nicht alle Klassenstufen umfassen. Zu den integrierten Gesamtschulen sind auch die freien Waldorfschulen zu zählen, die von der amtlichen Statistik zunächst gesondert ausgewiesen, ab 1957 den Volksschulen (Grundschulteil) und den Gymnasien (Oberschulteil) zugeschlagen wurden.

Als Schulen der allgemeinen Fortbildung werden Abendgymnasien, Abendrealschulen und Kollegs bezeichnet, die als Einrichtungen des 2. Bildungswegs gelten. Die Abendschulen sind Einrichtungen für Berufstätige, in der Regel in Teilzeitform, die zur Hochschulreife beziehungsweise dem Realschulabschluß führen, die Kollegs sind Einrichtungen zur Erlangung der Hochschulreife in Vollzeitform. Den Kollegs zugeordnet sind seit 1971 auch die Technischen Oberschulen in Baden-Württemberg und die Berufsoberschulen in Bayern. In unseren Berechnungen sind die Schüler von Abendschulen und Kollegs, die seit 1958 von der amtlichen Statistik ausgewiesen werden, wegen der relativ geringen Zahlen in einer Summe zusammengefaßt.

In den berufsbildenden Schulen - neuerdings als Schulen der beruflichen Aus- und Fortbildung bezeichnet - zählen die Berufsschulen, Berufsschulen für Behinderte (Berufssonderschulen), Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen und Fachoberschulen beziehungsweise Fachgymnasien einerseits und Fachschulen sowie Schulen des Gesundheitswesens andererseits.

Berufsschulen sind in der Regel berufsbegleitende Teilzeitschulen, die für die Dauer von drei bis dreieinhalb Jahren ein- bis zweimal wöchentlich nach der Vollzeitschulpflicht obligatorisch bis zum vollendeten 18. Lebensjahr beziehungsweise bis zum Abschluß der Lehre besucht werden. Bei den Angaben über Berufsschüler haben wir durchweg die Daten über Berufssonderschüler, die in den letzten Jahren gesondert veröffentlicht wurden, zugeschlagen. Enthalten sind auch die Angaben über Berufsschulen

in Vollzeitform, das heißt Schüler im Berufsgrundbildungsjahr, die mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Berlin bei den Berufsschulen nachgewiesen sind. Berufsfachschulen sind Vollzeitschulen, die der Berufsvorbereitung dienen oder zum Berufsabschluß führen. Der Besuch ist freiwillig, ersetzt ganz oder teilweise den Pflichtbesuch an der Berufsschule und dauert mindestens ein Jahr. Die Abgrenzung der Berufsfachschulen wird länderspezifisch sehr unterschiedlich gehandhabt, worauf bereits die weite Palette der verschiedenen Schultypen hinweist. Abgrenzungsprobleme ergeben sich zum Beispiel bei den Wirtschaftsoberschulen, die teils den Berufsfachschulen, teils den Fachschulen zugeordnet worden sind, bei den Pflegevorschulen, die nur in Nordrhein-Westfalen und Bayern als Berufsfachschulen gelten, oder dem Berufsgrundbildungsjahr, das in Schleswig-Holstein und Berlin dieser Schulart zugeordnet ist.

Berufsaufbauschulen (beziehungsweise -lehrgänge in Berufsschulen) sind Vollzeit- oder Teilzeitschulen, die eine über das Ziel der Berufsschule hinausgehende berufsbezogene Allgemeinbildung vermitteln sollen. Die Schulen werden von Jugendlichen besucht, die bereits in einer Berufsausbildung oder Berufstätigkeit stehen oder standen, und die Dauer beträgt bei Vollzeitunterricht ein bis eineinhalb Jahre, bei Teilzeitunterricht drei bis dreieinhalb Jahre. Der Abschluß wird als Fachschulreife bezeichnet und gilt als gleichwertig mit dem Realschulabschluß. Der relative Schulbesuch dieser Schulart wurde ab 1963 berechnet, wobei wegen der geringen Besetzungszahl nicht zwischen Teilzeitschulen und Vollzeitschulen unterschieden wurde. Zu beachten ist, daß nach Einführung der Fachoberschule zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen die Berufsaufbauschulen ausgelaufen sind.

Fachoberschulen sind Vollzeitschulen, die in der Regel nach dem Realschulabschluß oder einem gleichwertigen Abschluß besucht werden und bei zweijährigem Besuch zur Fachhochschulreife führen. Diese Schulart wurde 1969 eingerichtet und Schulbesuchsdaten sind ab da verfügbar. Fachgymnasien sind berufsbezogene Gymnasien (zum Beispiel Wirtschaftsgymnasien) in Aufbauform, für deren Besuch ebenfalls Realschulabschluß oder ein gleichwertiger Abschluß vorausgesetzt wird. Die Ausbildung

dauert drei Jahre und führt zur allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife. Die Fachgymnasien sind teilweise organisatorisch mit Fachoberschulen verbunden, so daß die Ergebnisse für beide Schularten zusammengefaßt ausgewiesen sind. Die Zuordnung der Fachgymnasien ist länderweise unterschiedlich geregelt; zum Teil wurden diese Schulen den Gymnasien zugeordnet.

Noch schwieriger sind die Abgrenzungsprobleme im Fachschulbereich. Fachschulen sind in der Regel Vollzeitschulen mit freiwilligem Besuch, die nach der Berufsausbildung und nach praktischer Berufstätigkeit als Fortbildungsschulen mindestens ein Jahr oder 600 Unterrichtsstunden lang besucht werden. Schwierigkeiten der Abgrenzung ergeben sich aus der etwa 1957 erfolgten Herauslösung der Schulen für den "technischen Nachwuchs", das heißt Ingenieurschulen und Technikerschulen, aus der Fachschulstatistik, der gesonderten Nachweisung der Schulen des Gesundheitswesens ab 1966 sowie der Zuordnung eines Teils der (höheren) Fachschulen zum neu eingerichteten Fachhochschulbereich ab 1971. Bei den Berechnungen haben wir generell die Technikerschulen und die Schulen des Gesundheitswesens den Fachschulen zugeschlagen. Im übrigen ist zu beachten, daß die Erfassungslücken im Fachschulbereich nicht zuletzt wegen der großen Zahl privater Schulen mit sehr unterschiedlichem Status sehr viel größer sein dürften als bei den klarer abgegrenzten und unter staatlicher Kontrolle stehenden allgemeinbildenden Schulen.

Eine Reihe von wichtigen Veränderungen haben sich auch bei der Abgrenzung des Hochschulbereichs ergeben. Als Hochschulen zählen heute Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Theologisch-Philosophische Hochschulen, Gesamthochschulen, Kunsthochschulen und Fachhochschulen.

Die vorliegende Arbeit berücksichtigt bei der Zusammenstellung des relativen Hochschulbesuchs nur die deutschen Studenten, obwohl natürlich in den Wohnbevölkerungszahlen auch die Ausländer

enthalten sind. Schwierigkeiten bereitet insbesondere die länderweise und im Zeitablauf unterschiedliche Behandlung der pädagogischen Hochschulen. Teilweise werden ihre Studenten bei den Universitäten gezählt, denen sie angegliedert sind¹. Für die Zeit bis 1967 sind Angaben über Studenten an pädagogischen Hochschulen zum Teil sowohl bei der Statistik dieser Institutionen als auch im Rahmen der Hochschulstatistik nachgewiesen, so daß bei der Zusammenfassung der Daten mit Doppelzählungen gerechnet werden muß, die allerdings ihrerseits teilweise durch Erhebungslücken kompensiert werden. Für die Zeit von 1962 bis 1965 mußte die Altersstruktur der Studenten an pädagogischen Hochschulen geschätzt werden, da keine Angaben über das Geburtsjahr vorhanden waren.

Der früher übliche Begriff der Wissenschaftlichen Hochschulen, zu denen zunächst Universitäten, Technische Hochschulen und Theologisch-Philosophische Hochschulen, ab Wintersemester 1967/68 auch die Pädagogischen Hochschulen zählten, wird heute in der Hochschulstatistik nur noch selten verwendet. Für die vorliegende Arbeit erschien es sinnvoll, die Pädagogischen Hochschulen auch für frühere Jahre als Wissenschaftliche Hochschulen zu behandeln und - soweit nötig - zwischen Wissenschaftlichen Hochschulen ohne PH und Pädagogischen Hochschulen zu unterscheiden, wobei allerdings immer im Auge behalten werden muß, daß auch an Universitäten Volksschul-, Realschul- und Gewerbelehrer ausgebildet werden.

Angaben über Studenten an Kunst-, Sport- und Musikhochschulen - später Kunsthochschulen - sind nach Geburtsjahren seit 1960 veröffentlicht und in den Daten für den gesamten Hochschulbereich enthalten. Die Sporthochschule Köln ist seit 1972 in die Universität eingliedert und nicht bei den Kunsthochschulen enthalten.

1 Dies gilt vor allem in Hamburg, Hessen und Bayern, wobei jedoch auch in diesen Ländern Doppelzählungen nicht ausgeschlossen sind. Vor 1967 und nach 1971 sind zum Beispiel die Studenten der Pädagogischen Hochschulen in Bayern in der Regel bei den Universitäten nachgewiesen.

Die Studenten der Gesamthochschulen - bislang quantitativ noch ohne größere Bedeutung - werden in der Statistik dem Universitätsbereich zugeschlagen, da sich bis 1975 noch nicht zwischen universitären Studiengängen und Fachhochschulstudiengängen trennen läßt.

Auf die Erfassungslücken der Hochschulstatistik und die mit Änderungen der Erhebungstechnik verbundenen Ungenauigkeiten soll hier nicht im einzelnen eingegangen werden. Als Beispiel sei nur darauf hingewiesen, daß von 1967 bis 1969 die Angaben für sämtliche Studenten der Universität Frankfurt in den Ergebnissen nicht enthalten sind.

Nach Verabschiedung der Fachhochschulgesetze in den einzelnen Bundesländern 1969/70 sind die meisten höheren Fachschulen zusammen mit den Ingenieurschulen als Fachhochschulen institutionalisiert worden. Für 1970 sind Angaben über Schüler an höheren Fachschulen erstmals getrennt nachgewiesen, so daß sich durch Zusammenfassung mit den Studentenzahlen an Ingenieurschulen der Umfang des Fachhochschulbesuchs grob abschätzen läßt. Wegen Unsicherheiten in der Zuordnung der Einrichtungen zum Fachhochschulbereich in den Jahren 1970 und 1971 sowie Erhebungslücken im Jahre 1972 läßt sich der Fachhochschulbesuch bis 1972 nur durch Schätzungen veranschlagen.

Zur regionalen Abgrenzung ist darauf hinzuweisen, daß bei Bundesergebnissen auch für die fünfziger Jahre Berlin einbezogen wurde und daß das Saarland in der Regel bis 1957 nicht enthalten ist.

Für 1956 sind allgemein keine Daten über Schüler nach Geburtsjahren veröffentlicht; 1957 fehlen die Angaben über Schüler an Berufsschulen nach Geburtsjahren und 1961 sind die Daten für berufliche Schulen im größten Bundesland, Nordrhein-Westfalen, in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes nicht enthalten, so daß sich keine sinnvollen Bundesergebnisse errechnen lassen.

3.3 Der relative Schul- und Hochschulbesuch ausgewählter Geburtsjahrgänge

3.3.1 Zur Analyse von Geburtsjahrkohorten

Die detaillierte Beschreibung des relativen Schul- und Hochschulbesuchs für die einzelnen Geburtsjahrgruppen über einen längeren Zeitraum erlaubt uns auch die Längsschnittbetrachtung für eine Geburtsjahrgruppe und damit sozusagen die Darstellung des "schulischen Schicksals" eines Geburtsjahrgangs und der Verteilung der Personen auf die verschiedenen Bildungsinstitutionen im Zeitverlauf.

Das Geburtsjahr als unveränderliches Merkmal der Einzelperson ist zur Abgrenzung einer bestimmten Personengruppe und damit einer über einen längeren Zeitraum zu identifizierenden Untersuchungspopulation geeignet. Durch die Analyse dieser Geburtsjahrkohorte gelangt man zu ex post-Feststellungen, die sonst nur durch eine individualisierte Verlaufsstatistik zu bekommen wären. Die Nachteile dieses Verfahrens liegen allerdings darin, daß man nur Nettoveränderungen der Bestandszahlen aufzeigen kann und daß man zeitlich sehr weit zurückgehen muß, um beispielsweise den vollständigen Durchlauf einer Geburtsjahrkohorte durch das Bildungssystem darzustellen.

Wenn man mit Hilfe des Merkmals Geburtsjahr die Eintritte, Übergänge und Abgänge aus dem System an den entscheidenden Punkten darstellen könnte, wären Veränderungstendenzen sehr viel kurzfristiger analysierbar. Bisher gibt es jedoch solche Daten - soweit sie überhaupt erhoben werden - in der Gliederung nach dem Alter beziehungsweise Geburtsjahr nur für die Abiturienten und Studienanfänger. Wenn wir daher aus den Daten des relativen Schulbesuchs auf den Zeitpunkt des Eintritts beziehungsweise Austritts bestimmter Schul- und Hochschularten schließen, so müssen wir hinnehmen, daß sich unter Umständen Wiedereintritte mit Abgängen saldieren und daß wir insbesondere bei kurzer Schul- beziehungsweise Hochschulbesuchsdauer und starker Altersstreuung Zugänge und Abgänge gegeneinander aufrechnen.

6. Literaturverzeichnis

- BURKHARD, R.: "Der Schülerberg im zeitlichen Verlauf".
In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, H. 9
1976.
- BUND-LÄNDER-KOMMISSION FÜR BILDUNGSPLANUNG: Bildungsgesamt-
plan. Stuttgart 1973.
- DEUTSCHER BILDUNGSRAT, Empfehlung der Bildungskommission:
Strukturplan für das Bildungswesen. Verabschie-
det auf der 27. Sitzung der Bildungskommission
am 13. Februar 1970.
- EDDING, F.: Internationale Tendenzen in der Entwicklung
der Ausgaben für Schulen und Hochschulen. Kiel
1958.
- EDDING, F., und CARNAP, R.: Der relative Schulbesuch in den
Ländern der Bundesrepublik 1952-1960. Frankfurt
a. M. 1962.
- EDDING, F., und ALBERS, W.: Die Schulausgaben 1960-1970.
Versuch einer Vorausschätzung des Bedarfs der
allgemeinbildenden Schulen und der Möglichkeit
seiner Finanzierung. Frankfurt a. M. 1960.
- HÖHN, C., und LINKE, W.: "Voraussichtliche Bevölkerungsent-
wicklung bis 1990. Zweiter Teil - Deutsche
Bevölkerung unter Berücksichtigung von Wande-
rungen". In: Wirtschaft und Statistik, H. 6,
1976.
- HÜFNER, K., KÖHLER, H. und NAUMANN, J.: "Politik und Struk-
turwandel im Schulbereich". In: HÜFNER, K. und
NAUMANN, J.: Konjunkturen der Bildungspolitik
in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I.
Stuttgart 1977.
- KÖHLER, H.: Daten zur Situation der Hauptschulen in Berlin
(West). Max-Planck-Institut für Bildungsforschung,
Materialien aus der Bildungsforschung Nr. 6.
Berlin 1976.
- KÜHLEWIND, G., MERTENS, D. und TESSARING, M.: "Zur drohenden
Ausbildungskrise im nächsten Jahrzehnt". In:
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
(Hrsg.): Schülerberg und Ausbildung. Stuttgart,
1976.
- PREUSS-LAUSITZ, Z.: "Von der Hauptschule zur Restschule.
Hauptschulmisere am Beispiel Westberlin". In:
betrifft erziehung, H. 1, 1975.

PROSS, H.: Über die Bildungschancen von Mädchen in der Bundesrepublik. Frankfurt a. M. 1969.

STÄNDIGE KONFERENZ DER KULTUSMINISTER (Hrsg.): Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970. Stuttgart o. J.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Fachserie A, Bildung und Kultur, Reihe 10, Bildungswesen, I. Allgemeinbildende Schulen.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Fachserie A, Bildung und Kultur, Reihe 10, Bildungswesen, V. Hochschulen.

STATISTISCHES BUNDESAMT und BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (Hrsg.): Bildung im Zahlen Spiegel.

WEISS, F. J.: Entwicklungstendenzen des Besuchs allgemeinbildender Schulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M. 1964.

WEISS, F. J.: Entwicklungen im Besuch berufsbildender Schulen der Bundesrepublik Deutschland. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Materialien aus der Bildungsforschung, Nr. 2. Berlin 1965.

WEISS, F. J.: "Schulabgänger mit Hochschulreife 1957-1982". In: Wirtschaft und Statistik, H. 9, 1974.

WISSENSCHAFTSRAT (Hrsg.): Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970. Bd. 1 Empfehlungen. Bonn 1970.

218326

Materialien aus der Bildungsforschung Nr. 37

Helmut Köhler

**NEUE ENTWICKLUNGEN DES RELATIVEN
SCHUL- UND HOCHSCHULBESUCHS**

**Eine Analyse der Daten
für 1975 bis 1987**

**Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
Berlin 1990**

Vorbemerkungen

Demographische Trends haben in den letzten fünfzehn Jahren einen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung der Schülerzahlen in den verschiedenen Stufen des Bildungswesens gehabt und diese Tatsache ist so voll ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit gebracht worden, daß schon fast der Eindruck entstanden ist, als sei dieser Faktor die entscheidende Größe für die Entwicklung des Bildungswesens. In der Tat hat die demographische Situation sehr starke Auswirkungen auf die Unterrichtsbedingungen gehabt, was zum Beispiel die Schulgröße, die Zügigkeit von Schulen und die Schüler-Lehrer-Relation angeht und Zielwerte des Bildungsgesamtplans für 1985 für den letzteren Indikator wurden nahezu mühelos unterboten.

Andererseits wurde mit Rücksicht auf die künftige demographische Situation der Ausbau der Hochschulen gestoppt und eine Strategie der "Untertunnelung des Studentenberges" verfolgt, die nur angesichts einer deutlichen Abflachung der Bildungskonjunktur als mittelfristige Problemlösung bis Ende der achtziger Jahre durchhaltbar schien. Die erneute Zunahme der Studienanfängerquote hat dazu beigetragen, daß die Kultusminister deutlich von der Untertunnelung einer vorübergehenden "Überlast" abgerückt sind und einen massiven Ausbau vor allem der personellen Kapazität als unumgänglich ansehen.

Die vergeblichen Bemühungen um eine Fortschreibung des Bildungsgesamtplans und das Scheitern der koordinierten gesamtstaatlichen Festlegung von Zielen für die Entwicklung des Bildungswesens können gewissermaßen als Indikatoren für die nachlassende Bedeutung des Bildungsbereichs in der politischen Prioritätenliste beziehungsweise der Konjunktur bildungspolitischer Themen in der Öffentlichkeit angesehen werden. Die Entwicklung des relativen Schul- und Hochschulbesuchs zeigt unter anderem auch inwieweit solche Verschiebungen der Prioritäten letztlich auf das Verhalten der Eltern und Schüler durchschlagen.

Die vorliegende Arbeit ist als reine Fortschreibung der Datensammlung zum relativen Schul- und Hochschulbesuch¹ gedacht und war zunächst auf die Bearbeitung des Zeitraums 1975 bis 1985 angelegt, wobei die veröffentlichten Tabellen in derselben Form weitergeführt beziehungsweise neu aufgestellt werden sollten wie für den Zeitraum von 1952 bis 1975. Der Bezug auf die frühere Darstellung sollte eine Diskussion der Entwicklung vor 1975 entbehrlich machen und die textlichen Ausführungen sind entsprechend knapp gehalten. Um den Bezug zu längerfristigen Entwicklungen an wichtigen Stellen auch ohne Rückgriff auf das alte Tabellenmaterial herzustellen, ist für einen Teil der Graphiken jedoch der gesamte Zeitraum seit 1952 einbezogen.

Während der Arbeit an dieser Fortschreibung wurde allerdings deutlich, daß es sinnvoll und notwendig war, den Beobachtungszeitraum noch zu erweitern und aktuellere Ergebnisse einzubeziehen. Etwa Mitte der achtziger Jahre begann sich nämlich das Ende der Stagnationsphase abzuzeichnen, die in den vorangegangenen Jahren das Bild prägte. Leider waren Daten für die Zeit nach 1985 für den Bildungsbereich erst Anfang 1988 verfügbar und hinsichtlich neuer Bevölkerungszahlen standen die Volkszählungsergebnisse noch aus. Erst als Ende 1989 vorläufige Zahlen zur Bevölkerungsfortschreibung für 1987 zur Verfügung standen, konnten die Berechnungen erneut aktualisiert werden. Zwar fehlen die Daten zur Bevölkerungsfortschreibung für 1988 immer noch, aber aufgrund von ersten Schätzungen wurde deutlich, daß die seit Mitte des Jahrzehnts beobachteten Trendänderungen noch anhalten.

¹ Helmut Köhler: Der relative Schul- und Hochschulbesuch in der Bundesrepublik Deutschland 1952 bis 1975. Ein Indikator für die Entwicklung des Bildungswesens. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Materialien aus der Bildungsforschung Nr. 13, Berlin 1978.

Durch die Übernahme von Segmenten der Bundesdatenbank² und deren Ergänzung beziehungsweise Aktualisierung wurde es möglich, die Auswertungen auf Länderebene im Zeitablauf in sehr viel detaillierter Form zu bearbeiten, als dies vorher realisiert werden konnte. Die Verläufe der Bildungsbeteiligung in den einzelnen Ländern, die Vergleiche zwischen den Ländern und die Frage der Veränderung von Länderunterschieden konnten mit Hilfe der für 1952 bis 1987 eingespeicherten Daten über Schule und Bevölkerung nach Geburtsjahren neu bearbeitet und in erweiterter Form dargestellt werden.

Soweit dies möglich war, ist den Veränderungen der statistischen Berichterstattung Rechnung getragen worden. In den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes für 1986 und 1987 sind die Schularten in neuer detaillierterer Form aufgeführt, wobei einige länderspezifische Schularten im berufsbildenden Bereich als eigene Schularten aufgeführt sind. Die Trennung zwischen Grundschule, Hauptschule und schulartunabhängiger Orientierungsstufe ist bei der Aufgliederung für das Jahr 1987 berücksichtigt, während bei den Darstellungen in Zeitreihenform in der vorher praktizierten Weise zusammengefaßt wurde. Das gleiche gilt für die Kollegscheule in Nordrhein-Westfalen, die bis 1985 in der Bundesstatistik den Berufsfachschulen zugeschlagen wurde. Die Technischen Oberschulen und Wirtschaftsoberschulen in Bayern sind den Fachgymnasien zugeordnet worden und die Fachakademien in Schleswig-Holstein sowie die Berufsakademien in Bayern wurden weiterhin den Fachschulen zugerechnet.

² Detaillierte Tabellen zur Geburtsjahrgliederung der Schüler und der gesamten Wohnbevölkerung in Bund und Ländern waren beim Aufbau der Bundesdatenbank für die Jahre 1967 bis 1981 eingespeichert worden. Die Daten der Bildungsstatistik sind aber damals wegen mangelnder Nachfrage in derselben Form nicht fortgeschrieben worden. Aufgrund der verfügbaren Veröffentlichungen und unveröffentlicher Unterlagen der Bevölkerungsstatistik wurden diese Daten korrigiert, fortgeschrieben und um die Angaben für 1952 bis 1966 ergänzt.

Zum Teil sind die Daten über Schüler nach Geburtsjahren in einzelnen Ländern nicht mehr jährlich erhoben worden. Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts enthalten im Beobachtungszeitraum eine größere Zahl von Schätzungen, die nicht gekennzeichnet sind. In einigen Fällen sind jedoch keine oder unvollständige Daten veröffentlicht worden, die durch eigene Schätzungen zur Geburtsjahrgliederung ergänzt werden mußten, um Bundesergebnisse berechnen beziehungsweise Brüche in den Zeitreihen beheben zu können.